

Das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück

Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis als Programm

(red.) Greifswald, Hoyerswerda, Rostock - die Liste der Orte, in denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen gegenüber Asylbewerbern und Ausländern gekommen ist, läßt sich im Westen wie im Osten der Bundesrepublik beinahe täglich verlängern. Dabei ist für den Osnabrücker Historiker und Migrationsforscher Prof. Dr. Klaus J. Bade dieser Ausbruch von Fremdenfeindlichkeit keineswegs ein ausgesprochen "deutsches" Phänomen, sondern vor allem Ausdruck der Rat- und Konzeptionslosigkeit, die die Diskussion um Wanderungsbewegungen und Wanderungspolitik generell beherrschen. Prof. Bade: "Gesellschaftliche Unübersichtlichkeit schürt Angst und Mißtrauen. Längst überfällig ist für alle Problembereiche des Wanderungsgeschehens eine umfassende, ganzheitlich gestaltete, auf klare Rechtsgrundlagen gestützte Politik für Migration, Integration und Minderheiten." Einschlägige Forschungen zu intensivieren und interdisziplinär zu koordinieren, die Öffentlichkeit zu informieren, einen sachlichen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis in Gang zu bringen und wissenschaftlich abgesicherte Argumentationshilfen und Handlungsempfehlungen anzubieten, gehört daher zu den wesentlichen Aufgaben des interdisziplinären Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, das im vergangenen Jahr mit Unterstützung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft eingerichtet worden ist.

Zu den Arbeitsschwerpunkten von IMIS, das von den Fachbereichen Kultur- und Geowissenschaften, Sozialwissenschaften, Erziehungs- und Kulturwissenschaften, Psychologie sowie Rechtswissenschaften getragen wird, gehören europäische und außereuropäische Massenwanderungen, Integrationsfragen und damit verbundene politische und rechtliche, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Probleme in Geschichte und Gegenwart. In Deutschland selbst geht es besonders um die aus der früheren "Gastarbeiterbevölkerung" hervorgegangene Einwandererminorität, um deutsche Aussiedler aus Osteuropa, Asylsuchende und andere Flüchtlingsgruppen. Prof. Bade: "Die Problemfelder der Migration und interkulturellen Begegnung betreffen existentielle Grunderfahrungen,

die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und damit nachgerade alle Humanwissenschaften tangieren. Forschungsansätze, die Fachgrenzen überschreiten, sind daher dringend erforderlich." Bisher sei die wissenschaftliche Arbeit in der noch jungen Disziplin der Migrationsforschung in der Bundesrepublik weitgehend zersplittert und weise einen deutlichen Rückstand im Vergleich zu anderen Ländern mit vergleichbaren Problemen auf.

Die interdisziplinäre Ausrichtung des Instituts, in dem Historiker, Juristen, Pädagogen, Psychologen und Soziologen zusammenarbeiten, ist für den Migrationsforscher Bade aber auch eine wesentliche Voraussetzung, um einen erfolgreichen "Erkenntnistransfer" in die Praxis zu ermöglichen. Prof. Bade: "Viele Handlungsträger können wissenschaftliche Erkenntnisse, selbst wenn sie wollten, gar nicht abrufen, weil sie weit verstreut in unterschiedlichen Wissenschaftsbereichen 'versteckt' sind. Wir müssen die Sprachlosigkeit zwischen Politik und Wissenschaft beenden und einen doppelten Dialog organisieren: zwischen den verschiedenen, oft ohne Kenntnis voneinander auf verwandten Feldern arbeitenden Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen sowie zwischen Wissenschaft, administrativer Praxis und politischem Entscheidungsprozeß."

So hat IMIS-Leiter Prof. Bade unter anderem die Gründung einer bundesweiten Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM) initiiert. Sie ist ein Schritt zu einer Organisation der Migrationsforschung in Fachverbänden, die wiederum unter dem Dach einer Deutschen Gesellschaft für Migrationsforschung (DGM) zusammengefaßt werden sollen. Der "doppelte Dialog" setzt nach den Worten von Prof. Bade aber auch eine Grenzüberschreitung in Verwaltung und Politik voraus: "Hier muß über Referats- und Ressortgrenzen hinaus in ganzheitlichen Konzeptionen gedacht werden." Auf politischer Ebene fordert der Osnabrücker Migrationsforscher daher seit langem die Einrichtung eines "Bundesamtes für Migration und Integration" - eine Forderung, die auch die im Juli vergangenen Jahres aus Protest gegen die Konzeptionslosigkeit in der Migrations- und Integrationspolitik zurückgetretene Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, übernommen hatte.

Inzwischen hat das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur nach Angaben des IMIS-Vorstandsmitgliedes Prof. Günter Bierbrauer dem Osnabrücker Institut die Koordination der Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen übertragen, für die ab 1993 für fünf Jahre ein Gesamtetat von 7,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden soll. Im Projektverbund der Friedens- und Konfliktforschung in Niedersachsen gibt es am Osnabrücker Institut selbst drei größere Forschungsprojekte: "Spannungsabbau im Eingliederungsprozeß: Niedersachsen seit der Nachkriegszeit" (Leitung: Prof. Bade), "Konflikte und Vorurteile: Modelle interkulturellen Zusammenlebens" (Leitung: Prof. Bierbrauer) und "Militärkonversion in Niedersachsen" (Leitung: Prof. Széll). Ergänzt werden soll die Arbeit von IMIS im Sinne des "doppelten Dialogs" zwischen Wissenschaft und Praxis durch die Einrichtung eines niedersächsischen Beratungs- und Koordinationszentrums für Migrationspolitik und Migrationsforschung.

Zentrum für Migrationsfragen und Interkulturelle Entwicklung in Bonn

Einen weiteren Beitrag für den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis soll das "Zentrum für Migrationsfragen und Interkulturelle Entwicklung" leisten, das mit Unterstützung der seit Ende 1991 amtierenden Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Cornelia Schmalz-Jacobsen, am Wissenschaftszentrum Bonn eingerichtet worden ist. Initiatoren des Projekts sind die Referentin im Amt der Ausländerbeauftragten, Dr. Beate Winkler, Bonn und Prof. Bade, Osnabrück.

Nach den Worten von Prof. Bade gehört es unter anderem zu den Aufgaben des Zentrums, bisher fehlende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu erarbeiten. "In der Bundesrepublik gibt es - anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten - keine Möglichkeit", so der Osnabrücker Wissenschaftler, "eine Ausbildung in Einwanderungs-, Eingliederungsfragen und mit Blick auf interkulturelle Probleme zu absolvieren."